

Mietpreisbremse in Niedersachsen? Hannover sieht keinen Bedarf

VON MATHIAS KLEIN UND Karl Doeleke

Gespräche mit Verbänden geplant / Regelung für einzelne Stadtteile möglich

Hannover. Die von der Bundesregierung beschlossene Mietpreisbremse wird in Niedersachsen voraussichtlich nur für bestimmte Städte und Gebiete eingeführt. Das legen Äußerungen aus Kreisen der Landesregierung nahe. Damit ist noch offen, ob Mieten in einzelnen Städten künftig gedeckelt werden oder nicht. Die Entscheidung über die Einführung der Preisbremse liegt generell bei den Bundesländern. Die Sozialdemokraten in Hamburg haben gestern bereits erklärt, sie wollten die Mietpreisbremse in ganz Hamburg einführen.

In Niedersachsen will sich die Landesregierung zunächst mit den kommunalen Spitzenverbänden, der Wohnungswirtschaft und dem Mieterbund abstimmen, wie die Sprecherin des zuständigen Sozialministeriums, Heinke Traeger, erklärte. Gemeinsam solle darüber beraten werden, für welche Gebiete eine Mietpreisbremse in Betracht komme. Traeger verwies auf Analysen der N-Bank, wonach sich die Mietsteigerungen in Niedersachsen „überwiegend innerhalb des Preisindex“ entwickelten. Es gebe aber auch Städte, in denen die Mieten deutlich höher seien. Traeger nannte Hannover, Braunschweig, Wolfsburg und Oldenburg. Die am Dienstag von der Bundesregierung beschlossene Mietpreisbremse sieht vor, dass der Vermieter den Mietpreis nicht mehr beliebig in die Höhe treiben kann. So darf bei Neuvermietungen in besonders begehrten Gebieten die Miete ab dem kommenden Jahr das ortsübliche Niveau nur noch um maximal zehn Prozent übersteigen. In Ballungsgebieten sind derzeit Mietsteigerungen von 30 bis 40 Prozent durchaus üblich. Die Mietpreisbremse soll nicht für Neubauten und für Häuser gelten, die energetisch saniert wurden. Der Geschäftsführer des niedersächsischen Mieterbundes, Randolph Fries, kann sich eine Mietpreisbremse für einzelne Stadtteile vorstellen, in denen die Mieten vergleichsweise hoch sind. Es komme darauf an, ob die Landesregierung eine kleinteilige Aufteilung in Gebiete mit und ohne Mietpreisbremse plane. Der Vorsitzende von Haus- und Grundeigentum, Rainer Beckmann, lehnt dagegen eine Mietpreisbremse kategorisch ab. Für den Fall, dass es sie doch geben sollte, hat Beckmann schon vorsichtshalber eine Klage angekündigt.